

---

## DONAURAUUM UND US-IMPERIALISMUS

---

Rezension von: Hannes Hofbauer:  
Westwärts. Österreichs Wirtschaft im  
Wiederaufbau, Verlag für Gesell-  
schaftskritik, Wien 1992, Österrei-  
che Texte zur Gesellschaftskritik,  
Bd. 54, 217 Seiten.

---

„Gerade für den Donauraum wäre es notwendig, daß sich die einzelnen Staaten dieses Gebietes zu gemeinsamen Einkaufsverbänden zusammenschließen und daß sie untereinander Abkommen treffen, ihre Industrieerzeugung zu spezialisieren. Es muß nicht jeder kleine Staat eine eigene Automobilproduktion haben, es genügt, wenn ein Staat Automobile herstellt und dem anderen zum Beispiel die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen überläßt. Nur so werden auch die Kleinstaaten zur Massenproduktion und damit zur industriellen Leistungskraft der Großstaaten aufsteigen können.“ Dies schrieb der anerkannte Ökonom, Emigrant und Rektor der Grazer Universität (1946), Josef Dobretsberger, im Dezember 1947 in „Arbeit und Wirtschaft“. Darüber hinaus trat der Wirtschaftswissenschaftler vehement gegen die „Planlosigkeit beim Wiederaufbau“ auf, befürwortete eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, wandte sich gegen die von der ÖVP favorisierten Vergenossenschaftspläne, und für eine Lenkung des Außenhandels. Diese Vorstellungen trafen sich durchaus mit den wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen der sozialistischen Ge-

werkschafter. Dobretsberger war jedoch nicht der einzige Nationalökonom, der in den Nachkriegsjahren solche Überlegungen anstellte. Auch andere, so etwa der Wirtschaftswissenschaftler Franz Nemschak in seiner ersten Analyse der österreichischen Wirtschaftslage, vertraten ähnliche Gedanken zur wirtschaftlichen Entwicklung Nachkriegsösterreichs – und hatten dabei wahrscheinlich die verhängnisvolle Wirtschaftspolitik nach dem 1. Weltkrieg vor Augen. Hannes Hofbauer greift nun in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau“ diese ersten – durch die politische und wirtschaftliche Realität schon im Herbst 1945 überholten – Träume und wirtschaftlichen „Nachkriegsstrategien“ wieder auf – ohne sie jedoch im Detail zu referieren (der zitierte Aufsatz von Dobretsberger dürfte Hofbauer unbekannt sein).

Als Option für das von den Alliierten besetzte, im Osten großteils zerstörte Österreich glaubt aber der Autor allen Ernstes an die Möglichkeit der Herstellung eines binnenwirtschaftlich auf den Donauraum beschränkten Wirtschaftsraumes mit regionaler oder nationalstaatlicher Wirtschaftsentwicklung (S. 196). Österreich hätte dabei die Aufgabe, die Sektoren Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Konsumgüterindustrie abzudecken. Ein solcher Weg – so der Autor – hätte eine österreichische Wirtschaftspolitik ermöglicht, „die sich weniger am ökonomischen Erbe des Nationalsozialismus bzw. an den Vorgaben der Alliierten – ab 1947/48 der USA – zu orientieren gehabt hätte und daher unabhängiger und eigenständiger gewesen wäre“ (S. 19). Träume, Vorstellungen, Erwartungen sind eine Sache, Politik – als Kunst, einen möglichst „optimalen“ Interessenausgleich zu finden – sicherlich eine andere. Der Historiker kann und soll von theoretischen Optionen ausgehen, hat sie aber der historischen Realität gegenüberzustellen.

len, mit dem damals Machbaren zu vergleichen. Statt also von den realen politischen und wirtschaftlichen Chancen zur Verwirklichung dieses auf den Donauroum beschränkten regionalwirtschaftlichen Ansatzes auszugehen, den Handlungsspielraum der österreichischen Regierung unter Einbeziehung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung im Osten des Landes und unter den Bedingungen der vierfachen Besetzung auszuloten, vielleicht auch mögliche Alternativen aufzuzeigen, kurz den eingeschlagenen „Weg nach Westen“ als Ergebnis eines bestimmten, von vielen Seiten beeinflussten Kräfteparallelogramms zu beschreiben (und auch zu kritisieren), ergeht sich der Autor – soviel vorweg – in allgemeinen, schlecht recherchierten, schlampig präsentierten Phrasen über das wirtschaftliche und politische Hegemonialstreben der USA, in dem der sogenannte „Marshallplan“ eine zentrale Rolle einnimmt. Das „European Recovery-Program“ (ERP), wohl lange Zeit unter Einfluß der „Kalten-Kriegs-Propaganda“ gelobt und gepriesen, wird heute allgemein von Wirtschaftshistorikern zwar in seiner Zielsetzung und Wirkung differenzierter und kritischer beschrieben, für unser Land aber übereinstimmend als unverzichtbare Hilfe für den Wiederaufbau beurteilt. Anders Hannes Hofbauer, für den der „Marshallplan“ den Kern der hegemonialen Nachkriegspolitik der USA darstellt: „Er trennte Ost- und Westeuropa, bevorzugte gezielt Investitionen in industriellen Zentren und vernachlässigte krisenanfällige periphere Räume, stellte Wirtschaftswachstum vor soziale Gerechtigkeit und trug zur Entwicklung des West-Ost-Gefälles innerhalb Österreichs bei“ (so der Klappentext des Bandes). Soweit der Ansatz und Inhalt eines Bandes, der sich in Kapitel über die politischen und wirtschaftlichen Optionen für Europa und Österreich 1945 (S. 9–42), die amerikanische

Außen- und Wirtschaftspolitik von der Atlantic Charta bis zum Marshallplan (S. 43–144) und in Aspekte der Durchführung des Marshallplanes in Österreich (S. 145–194) gliedert.

Wer nun glaubt, hier gut recherchierte, mit neuen, interessanten Materialien angereicherte Analysen vorzufinden, wird bitter enttäuscht. Mit einer Nonchalance sondergleichen übergeht der Autor nicht nur die reichlich vorhandene Literatur, nahezu alle Standardwerke zur österreichischen, europäischen und internationalen Wirtschaftsgeschichte, sondern findet es außerdem nicht einmal der Mühe wert, die in der Forschung heftig diskutierten, zentralen Fragestellungen zur Politik der USA, zur Ost-West-Konfrontation und zu Inhalt und Aufgabe des Marshallplanes zu benennen, geschweige denn in sein (Mach-)Werk zu integrieren. Eine Literaturliste mit Monografien und Aufsätzen zum Thema „österreichische Wirtschaftsgeschichte ab 1945“ und „ERP“ kann Herr Hofbauer auf Anfrage gerne überreicht werden, gleichsam als Entwicklungshilfe in Sachen seriöser Wirtschaftsgeschichtsschreibung.

Des Autors postmarxistische Liebe zum „Realsozialismus“ der Sowjetunion (der Autor verwendet „realsozialistische Staaten“ ohne Anführungszeichen) hält auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der Sowjetunion und seinen Satellitenstaaten unvermindert an (selbstverständlich haben die Staaten Osteuropas freiwillig und nicht etwa auf sowjetischen Druck den „Marshallplan“ abgelehnt! S. 111). Dies und seine Kritik an der auf eigene (Wirtschafts-)Machtinteressen bedachten Politik der USA wären per se keine Fehler (und könnten zu einer durchaus fruchtbringenden Diskussion führen, nachdem vielleicht in Zukunft auch ehemalige sowjetische Akten zur Verfügung stehen werden), wenn sie der Autor historisch stringent zu begründen wüßte. Doch davon ist keine Rede.

Die sowjetische Österreichpolitik wird nicht einmal gestreift, die amerikanische Politik verkürzt dargestellt, von Briten und Franzosen – bekanntermaßen auch Machtfaktoren in der österreichischen Innen- und Wirtschaftspolitik der Jahre 1945 bis 1955 (warum muß man dies überhaupt in einer Rezension erwähnen?) – hat der Autor nur wenig gehört. Doch was hat Hofbauer wirklich erarbeitet? Die einschlägige Literatur kennt er jedenfalls nicht, über die USIA (Verwaltung sowjetischer Betriebe in Österreich) vermag er außer deren Existenz nichts, von alliierten Interventionen 1945 bis 1955 nichts Neues, vom Zustandekommen des ERP und der OEEC nahezu nur Falsches, von internationalen Wirtschaftsabkommen relativ wenig zu sagen. Dafür werden offizielle Texte, zeitgenössische Aufsätze und Stellungnahmen von Kreisky bis Allende ausreichend zitiert. Ungeprüft übernimmt der Autor Statistiken, Zitate und Interpretationen aus Sekundärquellen und macht sie seinem Anliegen nützlich. Akten verschmäht Hofbauer überhaupt. Vieles fehlt, ist falsch zitiert, im vorliegenden Zusammenhang irrelevant.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung ist mit dem demagogisch-doktrinär verfaßten Buch wahrlich verlorene Liebesmühe. Oder soll sich der Rezensent hier vor Lesern, welche ohne Geschichtsstudium mehr Ahnung von der österreichischen Nachkriegsgeschichte haben dürften als Herr Hofbauer, über die wirtschaftliche Situation in Österreich 1945, innenpolitische Konstellationen und Marshallplanpolitik verbreitern? Es wäre in der Tat witzig, all den kleinen und großen Fehlinterpretationen des Autors nachzugehen: Vom Außenhandel in der Zwischenkriegszeit über die Situation in der Landwirtschaft 1945/47, im Energiewesen 1955, in der Elektroindustrie, bis hin zur strukturellen Ost-West-Verschiebung, von seinen Fra-

gen über die von den bösen USA boykottierte Aufwertung peripherer Räume (hätten die Amis doch in Scheibbs oder Litschau unter sowjetischer Besatzung ein High-Tech-Unternehmen gegründet!) bis zu Bruno Kreiskys und des Autors Wunsch nach einer österreichischen Automobilproduktion. Zur Darstellung und Diskussion der Politik der USA würde allerdings keine „Verschwörungstheorie“ à la Hofbauer (über den „Council on Foreign Relations) notwendig sein, das ERP und die damit verbundene Gründung der OEEC würden nach dem Stand der Literatur dargestellt, und die Möglichkeiten und Grenzen der USA, Einfluß auf die österreichische Wirtschaftspolitik zu nehmen, detailreicher beschrieben werden.

Zahlreiche Fehler, ob aus Unkenntnis oder Schlamperei, bestätigen den inhaltlichen Gesamteindruck des Bandes: Der Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein hieß Josef Joham, nicht Johann (S. 123), Goldwater war nie Präsident der USA (S. 47), und das LD-Verfahren zur Stahlerzeugung entsprang nicht Walt Disneys Erfinder Daniel Düsentrieb (im Ernst, Hofbauer schreibt vom Linzer Düsentrieb[LD]-Verfahren; S. 179), sondern ist – wie in den Lehrbüchern der Hauptschule nachzulesen wäre – die Abkürzung für Linz-Donawitz-Verfahren.

Das besprochene „Werk“ trägt somit nicht zur Remuneration eines engagierten österreichischen Kleinverlages bei, der gerade auf dem Gebiet der Geschichte durch einige hervorragende Veröffentlichungen, wie etwa von Andrea Komlosy (Waldviertel), Reinhold Wagnleitner (US-Kulturmission), Fritz Hausjell (Presse), Emmerich Talos (Sozialpolitik), Bertram Perz und Florian Freund (NS-Industrie und KZ) von sich reden machte. Da nicht einmal als Proseminararbeit akzeptabel, bleibt nur eines: Einstampfen!

Klaus-Dieter Mulley